



Eisenbahn-Bundesamt

Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart  
Olgastraße 13  
70182 Stuttgart

Az. 591pä/014-2019#022  
Datum: 17.04.2020

2. Ausfertigung

## **Änderungsplanfeststellungsbeschluss**

gemäß § 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 76 Abs. 3 VwVfG und § 18d AEG

für das Vorhaben

**„Großprojekt Stuttgart-Ulm, PFA 1.4, 15. Planänderung  
"Anschlussstelle Esslingen; Kappenverbreiterung"“**

**in der Gemeinde Denkendorf  
im Landkreis Esslingen**

**Bahn-km 17,900 bis 18,400**

**der Strecke 4813 Feuerbach - Stuttgart Hbf tief - Ulm Hbf**

**Vorhabenträgerin:  
DB Netz AG, diese vertreten durch die  
DB Projekt Stuttgart-Ulm GmbH  
Räpplenstraße 17  
70191 Stuttgart**

Auf Antrag der DB Netz AG (Vorhabenträgerin), vertreten durch die DB Projekt Stuttgart-Ulm GmbH, erlässt das Eisenbahn-Bundesamt nach § 18 Abs.1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 76 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und § 18d AEG folgenden

## Änderungsplanfeststellungsbeschluss

### A. Verfügender Teil

#### A.1 Feststellung des Plans

Der geänderte Plan für das Vorhaben „Großprojekt Stuttgart-Ulm, PFA 1.4, 15. Planänderung "Anschlussstelle Esslingen; Kappenverbreiterung"" in der Gemeinde Neuhausen, Bahn-km 17,900 bis 18,400 der Strecke 4813 Feuerbach - Stuttgart Hbf tief - Ulm Hbf, wird festgestellt.

Der ursprüngliche Plan wird aufgehoben, soweit er mit dem neuen Plan nicht übereinstimmt, und durch die geänderte Planung ersetzt oder ergänzt wird. Im Übrigen bleibt der festgestellte Plan einschließlich seiner Besonderen Entscheidungen, Nebenbestimmungen, Zusagen und Vorbehalte unberührt.

Das Vorhaben hat die Kappenverbreiterung von drei planfestgestellten Eisenbahnüberführungen zum Gegenstand.

#### A.2 Planunterlagen

Der Plan besteht aus folgenden Unterlagen.

Anlage	Unterlagen- bzw. Planbezeichnung	Bemerkung
1	Erläuterungsbericht zur Planänderung vom 17.02.2020, 6 Seiten gesamt	ergänzt Anlage 1; festgestellt
3a	Bauwerksverzeichnis vom 17.02.2020 Seiten Ib, IIb, 1b, 3b, 7b und 70a	ändert Anlage 3; festgestellt
7	Bauwerkspläne	
7.41, Blatt 2A von 3	EÜ über Einfahrt nach Ka. Und Ausfahrt von Mü. AS Esslingen km 17,932 bis 17,993 vom 29.11.2019	festgestellt, ersetzt Blatt 2
7.4, Blatt 2B	EÜ L1202, km 18,413, Schnitt A-A vom 29.11.2019	festgestellt,

## **B. Begründung**

### **B.1 Sachverhalt**

#### **B.1.1 Gegenstand der Planänderung**

Das Vorhaben hat die Kappenverbreiterung von drei planfestgestellten Eisenbahnüberführungen zum Gegenstand. Die Verankerung der Blendschutzwände auf den Eisenbahnüberführungen sollte ursprünglich über einen zugelassenen Lärmschutzwandanker, der nicht mehr hergestellt und vertrieben wird, erfolgen. Für eine statisch korrekte Ausführung ist eine Kappenverbreiterung erforderlich.

#### **B.1.2 Durchführung des Planänderungsverfahrens**

Die DB Netz AG (Vorhabenträgerin) hat mit Schreiben vom 19.12.2019 Az. I.GT(10) eine Entscheidung nach § 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 76 Abs. 3 VwVfG und § 18d AEG für das Vorhaben „Großprojekt Stuttgart-Ulm, PFA 1.4, 15. Planänderung "Anschlussstelle Esslingen; Kappenverbreiterung"" beantragt. Der Antrag ist am 19.12.2019 beim Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart, eingegangen.

Mit verfahrensleitender Verfügung vom 27.01.2020, Az. 591pä/014-2019#022, hat das Eisenbahn-Bundesamt festgestellt, dass für das gegenständliche Vorhaben keine Verpflichtung auf Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht (§ 5 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)).

Mit Schreiben vom 20.01.2020 wurde die Vorhabenträgerin um Überarbeitung der Planunterlagen gebeten. Die überarbeiteten Unterlagen gingen am 17.02.2020 beim Eisenbahn-Bundesamt ein.

Das Eisenbahn-Bundesamt hat mit Schreiben vom 27.02.2020 die Gemeinde Neuhausen und das Land Baden-Württemberg als betroffene Grundstückseigentümer angehört. Weitere Belange sind nicht betroffen.

Das Land Baden-Württemberg stimmte der erhöhten dinglichen Belastung zu. Die Gemeinde Neuhausen äußerte sich nicht.

### **B.3 Umweltverträglichkeit**

Gemäß §§ 5 ff. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sind die dort in Bezug genommenen Vorhaben einem sogenannten Screening-Verfahren (einer Vorprüfung des Einzelfalles, ob zur Genehmigung des Vorhabens eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist) zu unterziehen.

Das antragsgegenständliche Verfahren betrifft die Änderung eines UVP-pflichtigen Vorhabens. Daher war eine allgemeine Vorprüfung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 i. V. m. Abs. 4 und § 7 UVPG durchzuführen.

Das Eisenbahn-Bundesamt hat mit verfahrensleitender Verfügung vom 27.01.2020, Az. 591pä/014-2019#022, festgestellt, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen ausgehen, so dass eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

### **B.4 Materiell-rechtliche Würdigung des Änderungsvorhabens**

#### **B.4.1 Planrechtfertigung**

Das durch diesen Änderungsplanfeststellungsbeschluss geänderte Vorhaben genügt dem in der Rechtsprechung entwickelten Gebot der Planrechtfertigung. Es entspricht den Zielsetzungen der eisenbahnrechtlichen Vorschriften und wird durch einen konkreten Bedarf getragen. Die der Ausgangsentscheidung zu Grunde liegenden Zielsetzungen werden durch die Änderungen nicht berührt. Die mit diesem Beschluss zugelassene Änderung der Bauausführung schränkt weder Funktion noch Kapazität des Gesamtvorhabens ein und stellt keine tatsächlichen Hindernisse für dessen Verwirklichung dar. Auch das geänderte Gesamtvorhaben ist damit „vernünftigerweise geboten“ im Sinne des Fachplanungsrechts.

#### **B.4.2 Inanspruchnahme von Grundeigentum und sonstigen Rechten Dritter**

Vorhabenbedingt vergrößern sich die dinglichen Belastungen von Grundstücken. Das Land Baden-Württemberg stimmte der erhöhten dinglichen Belastung zu. Die Gemeinde Neuhausen äußerte sich nicht. Die Inanspruchnahme der Grundstücke ist unerheblich und damit nicht abwägungsrelevant. Die Beeinträchtigung erreicht in keinem Fall eine Fläche von einem Quadratmeter und erfolgt in einer lichten Höhe von wenigstens 4,50 Meter über dem jeweiligen Grundstück.

### **C. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen den vorstehenden Änderungsplanfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

**Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg**  
**Schubertstraße 11**  
**68165 Mannheim**

erhoben werden.

Der Kläger hat innerhalb einer Frist von zehn Wochen ab Klageerhebung die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben.

**Eisenbahn-Bundesamt**  
**Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart**  
**Stuttgart, den 17.04.2020**  
**Az. 591pä/014-2019#022**  
**EVH-Nr. 3431674**

